

Politische Bildung für Studentenvertreter

Veranstaltungsform: Workshop (ca. 45 Teilnehmer)

Partner: Democracy and Human Rights Program (DHRP)

Zeit/Ort: 28.-29. April 2009 / Kairo Universität / Kairo

Zielgruppe: Studentenvertreter, Verwaltungsangestellte der Universität

1. Programmübersicht

Dienstag, 28. April, 2009

Hussein El-Zeineiny, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo

Dr. Kamal El-Menoufy, Leiter, DHRP

Dr. Gaber Awad, Professor für Politikwissenschaft, Kairo Universität

Dr. Hoda Metkies, Professorin für Politikwissenschaft, Kairo Universität

Dr. Mohamed Salman, Professor für Politikwissenschaft, Kairo Universität

Dr. Ahmed Abdel Wanis, Professor für Rechtswissenschaften, Kairo Universität

Mittwoch, 29. April, 2009

Dr. Ahmed Rashidi, stellvertretender Dekan, FEPS, Kairo Universität

Dr. Amani Massoud, Professorin für Politikwissenschaft, Kairo Universität

Dr. Nourhan El-Sheikh, Professorin für Politikwissenschaft, Kairo Universität

Dr. Safwat El-Aalim, Professor für Politikwissenschaft, Kairo Universität

2. Zielsetzung

Die Vertreter studentischer Organisationen spielen an ägyptischen Universitäten eine wichtige Rolle. Sie verfügen allerdings oft nicht über die notwendige politische Grundbildung, um die Interessen von Studenten gegenüber Universität und Behörden wirksam zu vertreten. Der mehrtägige Workshop in Zusammenarbeit mit dem Democracy and Human Rights Program (DHRP) der Kairo Universität vermittelte daher Grundkenntnisse politischer Zusammenhänge gezielt an diese einflussreiche Zielgruppe und leistete dadurch einen Beitrag zur studentischen Interessenvertretung an ägyptischen Universitäten.

3. Ablauf

Dr. Gaber Awad erläuterte die Demokratie als Herrschaftsform, in der die Macht vom Volk ausgehe, das somit höchster Gewaltträger sei. In der Demokratie kontrolliere und legitimiere das Volk die konkrete Staatsgewalt. Daher zählten zu den Grundelementen der Demokratie die Volkssouveränität, Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit. Jedoch kritisierte er die staatlichen Einschränkungmaßnahmen an den ägyptischen Universitäten, die aus seiner Sicht den Prinzipien der Demokratie widersprächen. Die Studenten würden sogar während friedlicher Demonstration verhaftet und verurteilt. Daher forderte er ein Ende der Präsenz von Sicherheitskräften an Universitäten. Gleichzeitig machte er die Teil-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

28.– 29. April 2009

www.kas.de

nehmer darauf aufmerksam, dass sie gemäß der ägyptischen Verfassung ein Recht auf zivile Proteste und Demonstrationen nicht nur an den Universitäten, sondern auch in der Öffentlichkeit hätten.

Dr. Hoda Metkies sprach zu demokratischen Wahlprozessen. Die Sprecherin ging auf mehrere Länder ein, die als positive Beispiele für demokratische Wahlprozesse genannt werden könnten. Anschließend kritisierte sie, anhand der Lokalwahlen im Jahr



2008, die Lage in Ägypten. Die Wahlen seien zugunsten der Nationaldemokratischen Partei (NDP) gefälscht worden. Auch sei es zu zahlreichen Verstößen der Kandidaten (Bestechungen, Aggression, sexuelle Belästigung von Kandidatinnen und Wählerinnen) gekommen.

Des Weiteren konzentrierte sich **Dr. Mohamed Salman** in seinem Vortrag auf Wege und Methoden zur politischen Vorbereitung der Studenten auf ihre Rolle als zukünftige Entscheidungsträger. So betonte er unter anderem die zentrale Bedeutung der Studentenprojekte, da diese zu einer allgemeinen Stärkung des Partizipationsgefühls bei Studenten beitrüge und als Basis einer effektiven Partizipation besonders auf politischer Ebene genutzt werden könnte.

Dr. Ahmed Abdel Wanis ging anschließend auf die wichtigsten nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen und ihre Rolle in Ägypten ein. Diese seien meistens Nichtregierungsinstitutionen (NRO), die nicht nur die Aufgabe hätten, die Lage der Menschenrechte in einem Land zu evaluieren, sondern auch politische Akteure auf Menschenrechtsverstöße aufmerksam zu machen. Als Beispiel für internationale MenschenrechtsNROs nannte er Amnesty International und Human Rights Watch. So hätte der jüngste Bericht von Human Rights

Watch Ägypten vor der internationalen Gemeinschaft vorgeführt und viele Statistiken der ägyptischen Regierung zu Menschenrechtsfragen in Frage gestellt.

Dr. Ahmed Rashidi leitete seinen Vortrag über „Staatsbürgerrechte und Demokratie“ mit einer Erläuterung des Begriffs „Staatsbürgerrechte“ ein. Staatsbürgerrechte seien aus der Staatsangehörigkeit abgeleitete Rechte eines Bürgers im Staat. Rashidi klassifizierte die Staatsbürgerrechte in politische, soziale, wirtschaftliche und religiöse Rechte. Er konzentrierte sich jedoch in seinen Ausführungen auf die politischen Rechte der Bürger im weiteren und der Studenten im engeren Sinne. Er unterstrich die zentrale Rolle, die Studenten sogar an Universitäten bei der Entwicklung des Landes spielen könnten.

Des Weiteren definierte **Dr. Amani Massoud** einleitend den Begriff „Menschenrechte“. Menschenrechte seien die unantastbaren Rechte des Einzelnen, die in den Verfassungen der Staaten als Elementar- oder Grundrechte verankert seien. Des Weiteren äußerte sie sich kritisch zur Lage der Menschenrechte in Ägypten. Menschenrechtsverstöße seien bis heute keine Ausnahme. Als Beispiele nannte sie die Willkür der Polizei, eine ausufernde Bürokratie und die Diskriminierung von Frauen. Massoud ging auf die Rolle der Zivilgesellschaft in Ägypten ein. Diese leide unter einer kontinuierlichen Überwachung ihrer Aktivitäten durch die Staatssicherheit, wodurch der Einfluss der Zivilgesellschaft deutlich begrenzt werde. Anschließend teilte sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in zwei Gruppen ein. Die



erste Gruppe erarbeitete Maßnahmen zur Stärkung der oberägyptischen Zivilgesellschaft und die zweite Gruppe erstellte eine Presseauswertung der verschiedenen ägyptischen Zeitschriften zum Thema Menschenrechtsverstöße in Ägypten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

28.– 29. April 2009

www.kas.de

Dr. Nourhan El-Sheikh hielt anschließend einen Vortrag zum Thema „Versammlungs- und Demonstrationsrecht“. El-Sheikh gab eine kurze Einführung in die ägyptische Verfassung und das darin verankerte Versammlungs- und Demonstrationsrecht aller Bürger, insbesondere der Studenten. Obwohl ägyptische Studenten Anspruch auf friedliche Demonstrationen hätten, würden bei jeder Demonstration sogar an Universitäten zahlreiche Demonstranten verhaftet oder misshandelt. Daher forderte sie eine komplette Abschaffung der Sicherheitskräfte an Universitäten, da diese nicht nur willkürlich politisch aktive Studenten verhafteten oder misshandelten, sondern auch Druck auf die Verwaltung der Universitäten ausübten, damit bestimmte Studenten exmatrikuliert würden.

Die letzte Sitzung des zweitägigen Workshops behandelte das Thema „Medienfreiheit in Ägypten“. **Dr. Safwat El-Aalim** verwies darauf, dass Medien schon seit ihrem Bestehen in Ägypten staatlich kontrol-



liert würden. Dies habe kein gesundes Klima für freie Medien entstehen lassen. Weiter kritisierte er das neue Mediengesetz. Dieses gestehe der Regierung das Recht zu, sogar privaten Emailverkehr zu überwachen. Abschließend fasste er zusammen, dass Demokratie ohne freie Meinungsäußerung sprich Medienfreiheit in Ägypten undenkbar sei.

4. Schlussfolgerung

Der zweitägige Workshop deckte viele Wissensdefizite in verschiedenen Bereichen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf. Die Vorträge trugen zu einer Erweiterung ihrer Kenntnisse bei und klärten Studenten hinsichtlich ihrer politischen Rechte auf. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops beschlossen eine studentische

Arbeitsgruppe zu bilden, um interessierten Studenten die auf der Veranstaltung vermittelten Inhalte näher zu bringen.